LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3392
11. 08. 1998

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Hans-Josef Bracht (CDU)

und

Antwort

des Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa

„Call-Zentren" der EU auch in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 1629** vom 24. Juli 1998 hat folgenden Wortlaut:

Die Generaldirektion X – Information, Kommunikation, Kultur und Audiovisuelles – der Europäischen Kommission plant die Einführung von Call-Zentren, an die sich jede Bürgerin und jeder Bürger aus den EU-Mitgliedstaaten wenden kann, um telefonische bzw. elektronische Informationsfragen an die Europäische Kommission zu stellen.
Diese Zentren sollen in Kooperation mit dezentralisierten Informationsrelais und Netzwerken in den Mitgliedstaaten arbeiten.
Durch öffentlichen Aufruf hat die Kommission in den letzten Monaten um Unterstützung bei der Einrichtung, Betreuung und Entwicklung der Call-Zentren gebeten.
Ich frage die Landesregierung:

1. Was hat sie getan, damit möglichst auch eines oder mehrere Call-Zentren in Rheinland-Pfalz angesiedelt werden?
2. Falls die Landesregierung unterstützend tätig war,
   a) für welche Standorte hat sie sich dabei eingesetzt,
   b) mit welchem Erfolg war die Landesregierung unterstützend tätig?
   Ist davon auszugehen, daß EU-Call-Zentren in Rheinland-Pflaz eingerichtet werden?
3. Falls sie nicht tätig war, weshalb nicht?

Der **Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 10. August 1998 wie folgt beantwortet:

Die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund hatte in ihrem Wochenbericht aus Brüssel vom 19. Juni 1998 (25. Woche) über die Absicht der Generaldirektion X der Europäischen Kommission berichtet, sog. „Call-Zentren" einzurichten. Dies ist der Hintergrund dieser Kleinen Anfrage, deren Einleitung wörtlich dem Text des Wochenberichtes entspricht.

Entgegen der damaligen Ankündigung der Generaldirektion X, Aufforderungen zur Angebotsabgabe im Juni oder Juli 1998 zu veröffentlichen, ist dies bisher nicht erfolgt.

Dem Vernehmen nach soll die Ausschreibung, die genau über die Leistungen, Bedingungen und Kriterien Auskunft geben wird, frühestens im September dieses Jahres erhältlich sein.

Dies vorausgestellt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung hat über die Ankündigung der Generaldirektion X der Europäischen Kommission bezüglich der geplanten Einrichtung von „Call-Zentren" aktuell informiert. Sobald die konkrete Ausschreibung der Kommission erfolgt, wird die Landesregierung diese prüfen und entsprechende Stellen in Rheinland-Pfalz in Kenntnis setzen.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 25. August 1998

Zu Frage 2:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Dr. Karl-Heinz Klär
Staatssekretär